

HEROLD GEGEN ALLE

Gespräche mit dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes
Von Sebastian Cobler

Sicher in die 80er Jahre« heißt das Thema von Kursbuch 61, das Ende September erschienen ist – ohne das angekündigte Interview mit Horst Herold. In einem »Epitaph« schreibt Sebastian Cobler dazu:

»Das Unternehmen hatte vielversprechend begonnen: Herold nahm die Einladung, sich von mir für das Kursbuch interviewen zu lassen, spontan und mit Interesse an. ›Ich verfolge Sie seit Jahren‹, verriet er mir am Telephon und empfahl, gleich zwei Termine freizuhalten, weil es ja sicherlich viel zu besprechen gebe. Aus den zwei Treffen wurden schließlich drei: Ich wollte es mir nicht entgehen lassen, von Herold selbst durchs BKA geführt zu werden.

Der Präsident residiert hoch auf dem Neroberg in einem Trakt, der von dem übrigen Komplex des Amtes hermetisch abgeschottet ist. Obwohl hier nur hereingelangen kann, wer auch hereingelangen soll, ist doch die Angst vor ungebetenen Gästen überall zu spüren. Bodyguards belagern die Etage, und selbst in Herolds Vorzimmer klebt jener Standard-Steckbrief – ›Vorsicht Schusswaffen!‹ – mit den 13 oder 14 ›meistgesuchten Terroristen‹, den man aus jedem Postamt kennt.

Herolds Büro unterscheidet sich nicht sonderlich von den Arbeitszimmern anderer Beamter in vergleichbarer Position. Der einzige Reiz, den der Raum zu bieten hat, ein herrlicher Blick in den Taunus, wird durch stets dicht geschlossene dicke Gardinen genommen – ›aus Sicherheitsgründen‹, wie Herold erklärt. Ansonsten nur Berge von Akten, eine ganze Batterie an Telephonen, das obligatorische Porträt des jeweiligen Staatsoberhauptes und – versteckt zwischen all dem dienstlichen Krimskrams auf seinem Schreibtisch – ein in Holz gefaßtes Bronzetäfelchen mit der beziehungsvollen Inschrift: ›Captain's word is law‹ ...

Die Offenheit und Freimütigkeit, mit der Herold Stellung genommen hat, ist streckenweise überraschend und entwaffnend. Sie hatte sich im Laufe des Gesprächs vermutlich eingestellt, weil – trotz aller Kontroversen – darauf verzichtet wurde, nur Vorurteile oder Stiche auszutauschen. Entwickelt hat sich so ein Foto, das mit dem Selbstauslöser ›geschossen‹ worden ist.

Herold hat sich auf diese Kommunikation ganz zum Verdruß seiner Berater eingelassen. Sie müssen ihn nach Abschluß des Gesprächs dann so massiv bedrängt haben, daß er in letzter Minute Angst vor der eigenen Courage bekam und den geordneten Rückzug antrat: Er hat den für das Kursbuch bestimmten Text so gründlich redigiert, daß so gut wie nichts von dem mehr übrig blieb, was tatsächlich ins Mikrophon gesprochen worden war. Entstanden ist ein Text aus der Rhetorik, der mit den ursprünglichen Argumentationen nur noch die marginalen Ähnlichkeiten von Vorher-Nachher-Konterfeis gemeinsam hat: Das Charakteristische ist retuschiert und eingeebnet ...

Der neue, bereinigte Text gab kein Gespräch mehr wieder, sondern las sich wie eine Mischung aus amtlicher Verlautbarung, Fahndungsblatt und schlechtem Feuilleton. Daß hierfür das Kursbuch das falsche Medium ist, hätten Herold und seine Mitarbeiter eigentlich wissen müssen ...

Vereinbart worden war (mit dem Kursbuch) freilich etwas anderes: Die zur Veröffentlichung vorgesehene, 30- bis 40seitige Kurzfassung des fast 300 Seiten starken Protokolls sollte den Sinngehalt des Interviews auf keinen Fall verän-

dern – auch nicht durch die sprachlichen Glättungen, die sich Herold vorbehalten hatte, weil jede Kurzfassung Verkürzungen nun einmal mit sich bringt. Dies ist dann jedenfalls nicht weiter problematisch, wenn die Substanz der Argumentation unangetastet bleibt, das heißt, nicht tendenziös zurechtgebogen oder gar verfälscht wird.

Daß ich mich solcher Manipulationen in meiner Druckvorlage nicht bedient habe, wurde von Herold ausdrücklich bestätigt ...«

Auf den folgenden Seiten veröffentlichen wir den Text der ursprünglichen Fassung – als ein politisches Dokument.

Sebastian Cobler: Wie ist das hier eigentlich auszuhalten, Herr Dr. Herold, in diesem Bunker BKA, abgeschottet von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, von morgens bis abends ausschließlich konfrontiert mit Gendarmen und Ganoven, ohne ein Privatleben, das diese Bezeichnung auch verdient, und immer in dem Bewußtsein, jedenfalls den intelligenten Teil der Öffentlichkeit gegen sich zu haben?

Horst Herold: Das ist kaum auszuhalten. Das ist ein tägliches Schlucken einer riesigen Kröte und ein Prozeß, der an der Substanz zehrt. Der »Energieeimer« leert sich rasch bei diesen sehr schwierigen Rahmenbedingungen. Die schwierigsten sind für mich die Gegnerschaft und die von Ihnen angeführten Anspruchsvorurteile der Intelligenz.

C: Sie wohnen inzwischen sogar schon hier im Amt, auf dem Dach des BKA ...

H: Ich bin nicht freiwillig in das Amt gezogen. Ich habe ein schönes Haus im Taunus, was sich unsereins mit bescheidenen Einkommensverhältnissen eben leisten kann. Ich bin auf Befehl des Ministers hier reingezogen, da ich der Gefährdungstufe 1 angehöre. Das sind Schutzmaßnahmen, die nicht ich verfüge. Ich bin nicht frei in der Wahl. Ich kann auch zu meinen Bewachern nicht einfach sagen: Jungs, jetzt geht nach Hause, ich habe keine Lust mehr. Das gehört eben einfach zu mir und wird überwacht, denn wenn man mich wegknallt – und das wird ja wohl auch mal geschehen, irgendwann werden sie mich schon erwischen –, möchte sich niemand vorhalten lassen, schuld daran gewesen zu sein. So produziert eines das andere, und der Endeffekt ist eben die von Ihnen zutreffend beschriebene Isolation ...

C: Sie sollen das hier ja einmal als »mein Stammheim« bezeichnet haben ...

H: ... die Wände werden immer dichter, die Hochsicherheitstrakte für alle Institutionen werden immer perfekter – alle kommen wir in den Hochsicherheitstrakt; nur unterscheidet sich unser Gefangensein von dem der Terroristen elementar dadurch, daß wir kein Mitleid genießen.

Ich hatte eine so schöne Position in Nürnberg mit einer Loge im Theater – ich bin froh, wenn ich das hier loshabe. In drei Jahren bin ich weg – wenn ich das noch erlebe. Wo soll ich denn dann hin, Herr Cobler? Wo soll ich mich verkriechen? Der Staat schmeißt mich rücksichtslos raus: Ich habe neulich geschrieben an die Verwaltung im Ministerium, daß ich 1982 in den Ruhestand trete und darum bitte, mir die Dienstwohnung im BKA noch für zwei Jahre zu belassen. Da haben die postwendend zurückgeschrieben: »Nach §17 der

Dienstwohnungsordnung hat der Dienstwohnungsinhaber mit Beenden des Amtes die Wohnung zu räumen.«

C: Es gibt eine Dienstwohnungsordnung?

H: Ja, es gibt alles – »sofort räumen, sofort räumen«.

C: Sie haben also permanent Angst, daß Ihnen etwas passiert?

H: Nein, ich habe überhaupt keine Angst. Eines Tages werden sie mich erwischen – aber das kann man nicht als Angst bezeichnen. Ich empfinde da eigentlich nichts mehr – ich war fünf Jahre Soldat, ich bin fünfmal verwundet worden, das Gefühl der Angst kenne ich nicht. Man sollte natürlich auch nicht unvorsichtig sein, man muß Gefahren, wo man sie erkennt, abwenden. Ich persönlich bin allerdings der Überzeugung, daß die Form, in der ich geschützt werde, eher gefahrenerezeugend ist als -abwendend. Wenn ich allein führe, mit einem kleinen Volkswagen, dann würde ich zumindest auf der Straße unerkant bleiben. So aber sind immer sechs Mann dabei, die sich zwangsläufig auf mehrere Fahrzeuge verteilen, die sich in bestimmter Weise bewegen und kleiden, mit den gewissen Ausbeulungen in den Jacken, Sie wissen, was ich meine.

C: Sie sind also so gut wie nie alleine?

H: So gut wie nie. Selbst wenn ich zum Skifahren gehe, sitzen sechs junge Leute um mich herum. Ich als alter Knacker – entweder hält man mich für einen Homosexuellen oder – welche Legende wollen sie denn da finden? Ich habe da schon die ulkigsten Dinge erlebt.

Das Ganze ist an sich unerträglich. Es sind wirklich nette Jungs, aber der Themenkreis ist natürlich begrenzt. Ich hab mich andererseits allmählich daran gewöhnt, ja, das muß ich in Form eines Geständnisses sagen, es kommt eigentlich meinem persönlichen Wesenszug entgegen, der auf Einsamkeit angelegt ist. Das ist etwas, was ich erst spät festgestellt habe: Ich brauche keine Gesellschaft, ich fühle mich eigentlich am wohlsten, wenn ich alleine bin.

C: Und die Zusammenarbeit mit Ihren Kollegen?

H: Das sind Bereiche, in denen die Isolation nicht besteht. Das ist der Bereich gleichgerichteten Denkens mit verschiedenen Kollegen hier in meinem Amt, ein Bereich, in dem eine natürliche Gestaltungsautonomie existiert kraft überlegener Sachkunde.

Vor allem ist das der Bereich der Kriminaltechnik, den die Politik eigentlich nicht beachtet, wahrscheinlich, weil er zu spezialisiert ausgelegt ist, der aber bei näherer Betrachtung enorme Möglichkeiten eröffnet – leider nur partiell und nicht eingebettet in ein Globalsystem, was ich außerordentlich bedauere.

Wir haben den Anspruch, die Kriminaltechnik zu einem Instrument der Verobjektivierung des Strafverfahrens zu entwickeln; d. h., es zu so hoher wissenschaftlicher Perfektion und Güte auszugestalten, daß wir den Zeugen überflüssig machen, weil der Zeuge ein absolut untaugliches Beweismittel ist. Nur mit äußerstem Unbehagen kann man solche Urteile wie über Zlof im Falle Oetker beispielsweise lesen. Wahrscheinlich konnten die Richter gar nicht anders entscheiden. Ich hätte als Richter – ich war es auch einmal, 15 Jahre lang – nicht anders gehandelt. Aber dieses Fehlen jedweder Rationalität, dieser volle Einbruch des Emotionalen auf der Richterbank ist gegen Ende des 20. Jahrhunderts ungläublich und sollte eigentlich jedem Polizisten wie ein Stein auf der Seele liegen. Ich meine, daß wir in dem Bereich der Kriminaltechnik eine partielle Verwirklichung eines kulturellen Anspruchs möglich machen können, daß wir hier den gesellschaftlichen Auftrag erfüllen, zur Verobjektivierung beizutragen. Denn je mehr Technik wir haben, um so transparenter kann man es doch machen.

Ich erstrebe einen Strafprozeß, der – lassen Sie es mich mal ganz extrem formulieren – frei ist von Zeugen und Sachverständigen. Der sich ausschließlich gründet auf dem wissenschaftlich nachprüfbar, meßbaren Sachbeweis. Nach meiner Theorie wäre, so schrecklich das klingt, auch der Richter entbehrlich.

C: Auch der Richter?

H: Ja, ehrlich.

C: Gut, ich würde dem zustimmen, wenn dies darauf hinauslief, den ganzen Strafprozeß und dieses Strafrecht abzuschaffen.

H: Sagen Sie das jetzt so hin, »das Strafrecht abschaffen«, oder ist das eine innere Überzeugung?

C: Es ist meine Überzeugung, daß das Straf- und Gefängniswesen eine der verheerendsten Leistungen dieser Gesellschaft sind. Hier von Kultur zu sprechen ist ein Hohn.

H: Plädieren sie denn für die Aufhebung aller Normen?

C: Ich spreche vom Strafrecht. Es gibt ja schließlich auch noch andere Normen außer denen ...

H: Sie wollen das Strafrecht als solches aufheben?

C: Ich halte, wie gesagt, Strafe für ...

H: Unser Strafrecht, wie es gehandhabt wird, da bin ich mit Ihnen einer Meinung. Wer, wie ich, als Ermittlungsrichter in einem Gefängnis tätig war und diesen täglichen Geruch von Leder, Schweiß und Sauerkohl miterleben mußte, wer gesehen hat, wie man den bleichgesichtigen Intellektuellen und den muskelbepackten Arbeiter gleichermaßen durch das einfallslose Mittel des Strafvollzugs denaturiert – da bin ich Ihrer Meinung. Aber ich bin nicht gegen das Strafen als solches; nur gegen diese Formen des Strafs.

Ich meine auch, daß viel von dem, was Amnesty International rügt, der Einfluß von Folter und Quälereien, Erpressung von Geständnissen usw. bei der Führung von Prozessen nicht nur zurückgeht auf den Willen zu quälen, sondern auf die Unfähigkeit, auf andere Weise sich in den Besitz der Wahrheit zu setzen. Je mehr doch der Prozeß der Wahrheitsfindung objektiviert und wissenschaftlich nachvollziehbar gestaltet wird, um so mehr drängt er Folter und Grausamkeit zurück, stellt er vor dem Hintergrund objektiver Verfahren die Unhaltbarkeit dieser Mittel bloß.

Ich meine also, daß der kriminaltechnische Entwicklungsprozeß, den wir in dem angedeuteten Sinn vorantreiben, auch einen internationalen Bezug hat, Folter, Grausamkeit usw. in einem globalen Maßstab aus den Prozessen zu verdrängen. Und ich dachte immer, die intellektuelle Szene würde diese Gedanken mit Freude aufgreifen. Das ist doch eine gesellschaftliche Zielsetzung; im Strafprozeß drückt sich doch aus, was ein Land an kulturellem Entwicklungsniveau erreicht hat.

C: Wenn man sich die sogenannten Terroristen-Prozesse anschaut, gelangt man zu einer ganz anderen Bilanz. Was Sie beschreiben, Herr Herold, hat mit der Realität dieser Prozesse nichts gemeinsam. Rationalität und Sachbeweis, Verzicht auf Zeugen und Vorurteile – das Gegenteil ist doch der Fall. Welche politischen Prozesse gegen Leute, die der Linken zugerechnet werden, Sie sich auch anschauen: da wurden und werden Beweismittel unterschlagen, Akten manipuliert, Zeugen präpariert und – wie Ruhland – gar vom BKA alimentiert; andere aus dieser illustren »Kronzeugen-Riege« verschwinden mit einem Mal in der Versenkung, nachdem sie zuvor ebenso plötzlich aus dem Zylinder gezogen worden waren; da bekommen belastende Zeugen der Polizei nur beschränkte oder gar keine Aussagegenehmigungen; Vertrauensanwälte der Angeklagten werden reihenweise ausgeschlossen, um Advokaten Platz zu machen, die ausschließlich das Vertrauen der Justiz genießen; zahlreiche

Angeklagte werden zermürbenden Haftbedingungen ausgesetzt. Den Passepartout hierfür liefern Ihnen vor allem der § 129a StGB – »terroristische Vereinigung« – und die wohlmeinende Rechtsprechung der Obergerichte. Diese Sollbruchstellen des Rechtsstaates sind die Realität der genannten Prozesse.

H: Herr Dr. Cobler, Sie schildern hier Prozesse, die gekennzeichnet sind durch die Fragwürdigkeit des Zeugenbeweises; alles das, was Sie sagen, ist ein Plädoyer gegen die Rolle des Zeugen ...

C: ... es ist viel mehr ...

H: ... da ist kein Widerspruch. Ich widerspreche nur einem Aspekt, der bei Ihnen durchscheint: als würde nämlich eine geheimnisvoll gesteuerte Macht diese Prozesse alle so gestalten, damit, koste es was es wolle, die Leute zur Strecke gebracht werden. Dem muß ich widersprechen, weil ich aus genauer Kenntnis der Justiz weiß, mit welcher Sorgfalt sie vorgeht. Daß jeder mal irren kann, ist klar; aber daß hier manipuliert werde, das ist eine Denunziation.

C: Nein, Herr Herold, das ist eine Tatsache. Nehmen sie allein das Verfahren gegen Astrid Proll oder das gegen Fritz Teufel. Auch dort war wider besseres Wissen von lückenlosen Beweisen die Rede ...

H: ... das sind alles Prozesse, die Sie da nennen, die nicht ich ...

C: ... die auch Sie zu vertreten haben.

H: Nein, nein. Das sind Prozesse, die nicht wir zu vertreten haben. Zu meiner Ära gehört Stammheim mit 1500 Gutachten, auf die man mit Sicherheit gründen konnte. Und wenn die Bundesanwaltschaft gemeint hat, den Zeugen Müller präsentieren zu müssen, so ist das ihre Sache. Wir arbeiten nur mit Sachbeweisen, um die Leute zu überführen, und zwar in allen Verfahren, die ich überblicke: in Stammheim und bei der Verfolgung der Mörder von Buback, Ponto und Schleyer. Was das BKA betrifft, so haben wir den Terrorismus mit dem Sachbeweis totgekriegt – nicht totgekriegt, aber gezügelt. Wir befinden uns sicherlich nicht im Idealzustand, kraft vieler Umstände, die nicht zuletzt bei denen liegen, die so wie Sie argumentieren. Wissen Sie, ich habe gewisse Teile der Intellektuellen ganz ausgesprochenermaßen in Verdacht, daß es denen gar nicht darum geht, die Rechtsstaatlichkeit einzuhalten, sondern daß es ihnen darum geht, vermeintliche oder wirkliche Fehler beim Staat aufzuspüren, um den staatsfeindlichen Kräften immer mehr Spielraum zu geben. Es ist der Wille, den Leuten mehr Raum zu geben. Was um Gottes willen ist denn so hinreißend an Mord und an Mördern, daß man sich derart vehement dafür einsetzt, ihnen mehr Spielraum zu belassen? Wissen Sie: bei Terroristen hört's auf!

C: Umgekehrt wird doch ein Schuh daraus: Was eigentlich ist das Besondere an diesen Angeklagten und diesen Strafverfahren, daß man hier im Handumdrehen nahezu alles über den Haufen geworfen hat, was auch hierzulande einmal zu den anerkannten Grundsätzen eines rechtsstaatlichen und demokratischen Strafverfahrens gehört hat? Hier wird offensichtlich mit Leuten abgerechnet, die den Institutionen und Repräsentanten dieses Staates den Krieg erklärt haben oder von denen man das auch nur behauptet. Und vor dem Hintergrund dieser besonderen politischen Besetztheit der Verfahren stehen Ihr Amt und die Justiz vor dem Erfolgswang, die Verfahren auch zu dem erwünschten Ende zu bringen. Mit dieser ausdrücklichen Begründung sind seit 1974 die Gesetze zur Änderung des Strafprozesses im Bundestag durchgesetzt worden. Der SPD-Abgeordnete Gnädiger hat damals frank und frei erklärt, daß ohne diese Gesetzesänderungen das Stammheimer Verfahren nicht durchgezogen werden könne, sondern abgebrochen werden müsse. Und das Bundesverfassungsgericht hat dem Ganzen mit der Formel von der »Aufrechterhaltung einer funktionstüchtigen Strafrechts-

pflüge« seinen Segen erteilt. Das heißt, man hat die einen rechtsstaatlichen Strafprozeß traditionellerweise garantierende und begrenzende formelle Gerechtigkeit des Verfahrens einer materiellen Gerechtigkeit seines Resultats geopfert.

H: Die formelle Gerechtigkeit ist doch nur subsidiär; dort, wo sich zeigt, daß die formelle Gerechtigkeit die materielle verhindert oder ausschließt, muß die formelle angepaßt werden. Sie kann nur zeitbezogen sein, kann nur Augenblickscharakter haben. Die materielle Gerechtigkeit muß immer im Vordergrund stehen. Am Ausgang des Verfahrens ist man natürlich interessiert.

C: Der Ausgang eines Verfahrens wird letztlich aber bestimmt von der Art und Weise, in der es durchgeführt wird. Das ist eine Banalität, die sich in dem Grundsatz niederschlägt, daß das Prozeßrecht der staatlichen Gewalt absolute Schranken zu setzen habe – ohne jedes Wenn und Aber.

Sie selbst haben vorhin gesagt, im Strafprozeß drücke sich das kulturelle Entwicklungsniveau eines Landes aus. An anderer Stelle, in einem Aufsatz, haben Sie pathetisch von der »Kulturaufgabe der Terrorismusbekämpfung« gesprochen ...

H: ... ja, ich hoffe doch, daß Sie mit mir einig sind, daß die Bekämpfung terroristischer Gewalt – Menschen töten, Bomben schmeißen – eine kulturelle Aufgabe ist ...

C: ... wofür dann wohl alle Mittel recht sind. So auch die Hochsicherheitstrakte. Ist das die Lösung dieser »Kulturaufgabe«? Das ist doch gerade die Auflösung jeder Rechtskultur und die Mißachtung der Menschenwürde um irgendwelcher obskuren »Sicherheitsinteressen« willen.

H: Hochsicherheitstrakte als Ausfluß der Kulturaufgabe? Dazu kann ich nur sagen: Ich kenne sie nicht. Ich habe sie nicht veranlaßt. Ich habe von ihnen gelesen und gehört – auch aus dem Munde meines Ministers. Ihre Worte und die meines Ministers decken sich.

C: Sie kennen aufgrund Ihrer Tätigkeit sehr wohl die Gutachten von Prof. Rasch und anderen Sachverständigen sowie von Amnesty International zu den Auswirkungen der seit Jahren praktizierten isolierenden Haftbedingungen, wie der BGH das nennt, die durch diese Sondertrakte noch potenziert werden.

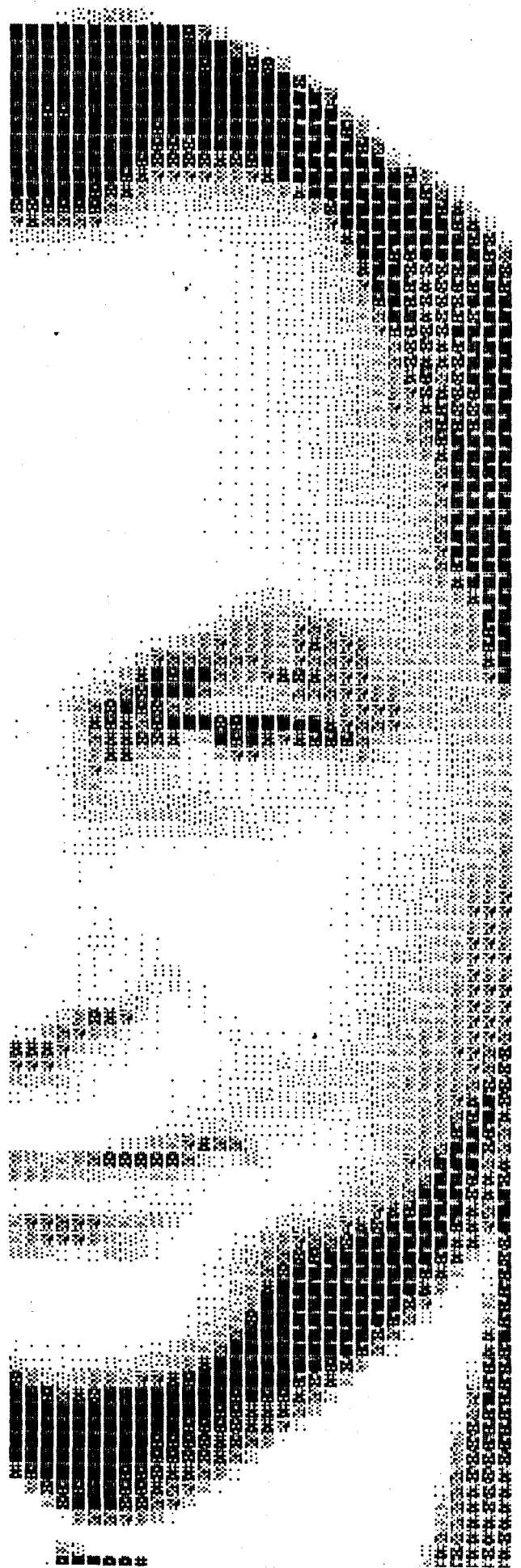
H: Herr Dr. Cobler, ich fühle mich da eingebunden in ein gewisses beamtenhaftes Verhalten, daß man gewisse Dinge eben nach innen zum Ausdruck bringt, nicht aber nach außen schreit. Ich halte das mit den Trakten für einen Blödsinn. Als jemand, der auf Effizienz »getrimmt« ist, muß ich sagen: Es ist ein so ineffizienter Akt, daß ich ihn nur als Blödsinn bezeichnen kann. Aber ich weiß aus meinem beruflichen Kreis, daß die Gefährlichkeit der Leute anhält, daß ihre ideologische Aufladung weiter reicht, daß sie ungebrochen sind – was bleibt uns anderes übrig? Was sollen wir denn tun? Wie sollten wir uns denn verhalten, Herr Cobler, was sollen wir jetzt mit den Terroristen machen?

C: Können Sie sich nicht dazu bereit finden, einen Schlußstrich zu ziehen und diese Spirale von staatlicher und gegenstaatlicher Gewalt zu durchbrechen, durch eine Rechtskorrektur-Amnestie aller Verfahren nach § 129a z. B., der dann gestrichen werden müßte? Aber das werden Sie kaum befürworten, angesichts der Möglichkeit, die diese famose Vorschrift, für mich eine Willkür-Lizenz par excellence, Ihnen und der Justiz eröffnet.

H: Ich kann doch Mörder nicht laufen lassen.

C: Mörder? Ein Großteil von denen ist bislang nur des Mordes verdächtig oder angeklagt.

H: Ich spreche als Kriminalist. Was der Richter sagt, ist eine andere Frage. Ich muß die jagen. Ich muß die erst mal stellen. Da kann es keine Rücksicht geben. Das ist die Aufgabe eines Polizisten. Wie die Politiker sich dann verhalten, ist





deren Sache. Für mich ist es eine Berufspflicht, Mörder zu verfolgen, eine Pflicht, die ich innig und gerne erfülle. Ich würde keine Amnestie vorschlagen. Wenn jemand das will, dann mögen die Politiker die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

C: Wie verstehen Sie dieses Verhältnis von Polizei und Politik? Sie sind seit nunmehr fast zehn Jahren BKA-Präsident, während sich in der gleichen Zeit die für Sie zuständigen Innenminister in Bonn die Klinke in die Hand gegeben haben. Da waren Genscher, Maihofer, jetzt Baum – alle drei ganz unterschiedliche politische Charaktere: der eher hemdsärmelige Genscher, dann der Hegel-Apologet Maihofer, ein esoterischer Mann, der plötzlich Geschmack an der Macht gefunden zu haben scheint, die er dann freiwillig seinem treuen Staatssekretär Baum überlassen mußte, ein Mann der Bürokratie von der Pike auf, der seit neuestem das Wort liberal besonders groß schreibt, und schließlich seit einigen Jahren mit von der Partie der Staatssekretär von Schoeler – wendig und stets zu Diensten. Wie ist das für Sie als Präsident einer zentralen Behörde, mit solchen Wechseln konfrontiert zu werden?

H: Die Wechsel zu ertragen ist in wesentlich geringerem Maße schwierig, als es dem Außenstehenden erscheinen mag. Denn trotz des Unterschieds von Zuschnitt, Charakter, Temperament und Bildung der Minister, die ich alle sehr schätze, bleibt doch die Kontinuität der Aufgabe. Sie erzwingt ganz einfach bestimmte Verhaltensweisen auch der Minister, denen sie sich nicht entziehen können, und schafft damit natürlich Kontakte zu dem Amt, das ich vertrete. Aber ich muß hinzufügen, daß trotz der unterschiedlichen Haltung der verschiedenen Minister zu Fragen der Polizei – von der Begeisterung bis zu distanzierter Kühle – wir die eigentlichen Probleme, die wir im Polizeibereich haben und die meines Erachtens gesellschaftlicher Art sind, bisher nicht anpakken konnten.

C: Und welche sind das?

H: Ich sehe die Hauptaufgabe des Bundeskriminalamtes darin, das in riesigen Mengen angehäufte Tatsachenmaterial zu allen abseitigen, abweichenden Verhaltensweisen in der Gesellschaft forschend zu durchdringen, um rationale Ein-

sichten der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, ihr eigenes Rechtssystem zu korrigieren und Instrumente bereitzustellen, die Kriminalität verhindern. Ein solches Instrument könnte das BKA sein und ist es nach meiner Auffassung und meinem Selbstverständnis in allererster Linie. Das aber durchzusetzen war keinem Minister möglich, obwohl ich mich bei jedem darum bemüht habe.

C: Liegt das daran, daß man Ihnen keine weiteren Befugnisse zugestehen will?

H: Es wäre überhaupt keine Erweiterung nötig. Polizei und Justiz erheben doch in einem ungeheuren Umfang Daten in jedem einzelnen Fall: von den Feststellungen der Personalien der Eltern über die Frage nach dem erlernten und ausgeübten Beruf bis hin zum Hergang der Tat. Dieses ganze riesige Instrumentarium, tagtäglich von etwa einer Viertelmillion Polizisten ausgeübt und eingeschwenkt, dieses gewaltige Material wird einfach ignoriert. Ich bin ja einverstanden, daß wir die Namen streichen. Aber das andere kostbar erhobene Gut müssen wir ausnützen. Wir müßten zunächst einmal die gewaltige Datenmenge, die die Polizei ja hat, durchdringen und mehrdimensional verknüpfen können. Die heutige Technik würde das bewältigen. Wenn die Datenneurose nicht wäre, wäre das eine einfache Sache. In der deutschen Polizei, schätze ich, wird es vielleicht 15 Millionen Kriminalakten geben. Da ist seit Jahr und Tag alles angehäuft darüber, weshalb Leute Rauschmittel nehmen und weshalb sie in Apotheken einbrechen, um sich solche zu klauen; weshalb Leute abgetrieben haben und weshalb sie dieses und jenes tun, wie sie auf eine kriminelle Laufbahn geraten usw. Das ganze Wissen liegt herum, nur wir wissen nicht, was wir eigentlich wissen. Daß man dieses Wissen nicht ausschöpfen und verbinden kann zu einem Gemälde der Gesellschaft! Dies würde doch die Möglichkeit einer Therapie eröffnen. Oder anders gesagt: Was ich anstrebe, ist die Polizei als gesellschaftliches Diagnoseinstrument.

C: Das also ist die »gesellschaftssanitäre Aufgabe der Polizei«, wie Sie es einmal genannt haben?

H: Ja. Stellen Sie sich mal vor, was uns da zuwachsen würde: Auf Knopfdruck kann ich Zusammenhänge feststellen – wie Fingerabdruck und Vererbung, Körpergröße und Verbrechen. Ich weiß nicht, ob es solche Zusammenhänge gibt, wahrscheinlich nicht – biologische Verursachung ist selten. Aber ich kann auch Zusammenhänge feststellen wie Ehescheidung und Deliktshäufigkeit, Trinker und das verlassene Kind, Drogen – kurz: wie Menschen zu etwas kommen. Ich kann ständig wie ein Arzt – deshalb das Wort gesellschaftssanitär – den Puls der Gesellschaft fühlen und mit Hilfe rationaler Einsichten unser Rechtssystem dynamisch halten.

Es ist doch, so wie es ist, unerträglich, dieses verbaute System, an dem die Juristen mit Bienenfleiß peripher immer noch ein Bändchen ranpacken. Das ist doch unerträglich! Dadurch kann doch nur eine Lebensstarre produziert werden.

Mein Bestreben geht deshalb dahin, unser Rechtssystem aus diesem Immobilismus herauszuführen durch die ständige Anpassung an neue gesellschaftliche Situationen. Das heißt: die Ersetzung des bisherigen Maßstabs des Strafrechts, das sich orientiert am Eigentumsschutz, durch ein Prinzip der Sozialschädlichkeit.

Als Kopplungsstelle zu einem dynamischen gesellschaftlichen Prozeß müßte die Polizei sagen: Gesetzgeber, siehst du, hier ist ein sozialschädlicher Tatbestand, da mußt du eine Normglocke drübersetzen, und hier ist noch einer, da aber ist es falsch, da hat sich die Entwicklung unter der Glocke der Norm schon wieder hinwegbewegt. Die Norm deckt den Sachverhalt nicht mehr. Es ginge also in erster Linie um eine Gestaltung unseres Normen- und Pflichtensystems entsprechend der gesell-

schaftlichen Bewegung und Dynamik zur Verhinderung sozial-schädlicher Verhaltensweisen.

Meine Auffassung geht dahin, die Informationsleistung der Polizei zu verbessern, nicht um die Repression in den Vordergrund zu stellen, sondern eine gesellschaftliche Prävention. Wir müssen der Politik die Quellen der Erkenntnis eröffnen, die sie nicht hat, weil sie wie ein Luftkissenfahrzeug über den Problemen schwebt, ohne Bodenberührung zu haben. Wir aber haben sie. Wir sagen, wie die Situation ist, was kommt, was für Gefahren entstehen, was sich entwickelt – wie die tatsächlichen Verhältnisse sind.

Das alles können wir, die Polizei, machen. Marx hat es ja mal so schön gesagt, die Polizei wäre der verändernde Faktor der Gesellschaft, wenn man sie nur richtig begriffe. Das würde allerdings einen emanzipatorischen Akt gegenüber dem bestehenden Zustand des nur Vollstrecken-müssens und -dürfens notwendig machen.

C: Die Polizei nicht mehr als Büttel?

H: Nicht mehr als Büttel, jawohl. Die »Bullenhaftigkeit« der Polizei: Instrument der Macht; marionettenhaftes Parieren und Funktionieren, auf Knopfdruck hin und her bewegt – davon erstrebe ich eine Emanzipation im Sinne einer Rückkoppelung. Daß man nicht nur einseitig, eindimensional nach unten Befehl, Weisung, Gehorsam hat, sondern umgekehrt Meldung, Bericht, Vorschlag und damit Dynamik in die Dinge bringt.

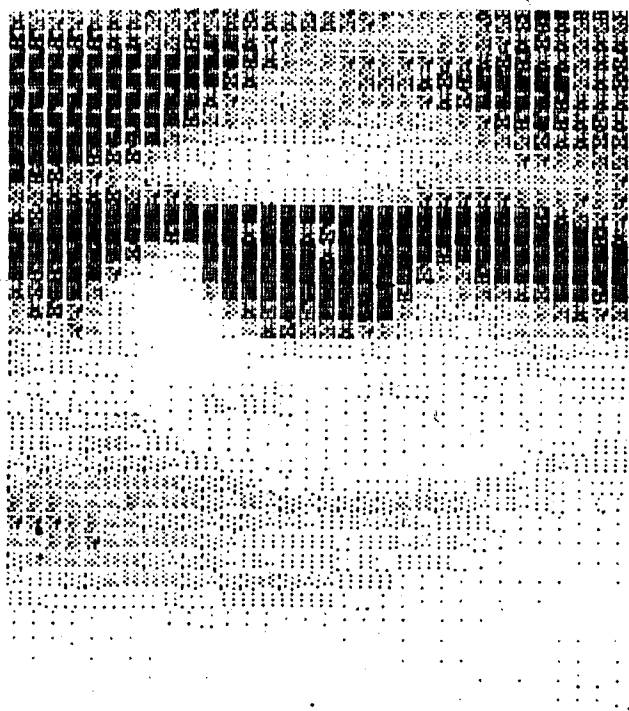
Die Polizei ist als ein kybernetisches System zu konstruieren, das von sich aus wirkt. Wie in einem Regelkreis, wie das schöne Grundmodell der Kybernetik – der Fliehkraftregler: Sobald die Geschwindigkeit den Sollwert übersteigt, steigen die Arme an und schließen das Ventil, woraufhin die Geschwindigkeit wieder absinkt. Dadurch würde auf eine höchst elegante Art und Weise eine Vielzahl denkbarer Abweichungsvarianten unter Kontrolle gehalten. Genauso sehe ich die Polizei, aber wir können nicht rückkoppeln – das kybernetische Element wird abgeschnitten. Wir sind abgeblockt und gehindert.

C: Von wem?

H: Durch die Rahmenbedingungen, denen letztlich auch die Minister und die politische Führung unterliegen. Aber auch durch die Öffentlichkeit, das allgemeine politische Klima, und von Teilen der Polizei selbst. Ich befinde mich mit meiner Auffassung doch in einer Minderheitenposition; ich weiß nicht einmal, ob ich mich nicht auch innerhalb dieses Amtes, gegenüber meinen Kriminalbeamten, in einer Minderheitenposition befinde. Ich werde überall und immer mißverstanden, als hätte ich etwas wie Gestapo im Sinn. Da wird doch, gesteigert bis hin zum Haß, ein Bild des Grauens, des 1984, erzeugt. Auch Magnus Enzensberger, wie ich Nürnberger, hat im *Kursbuch* den »Sonnenstaat des Dr. Herold« an die Wand gemalt – wie dumm: Entweder hat er es nicht begriffen, oder er hat es begriffen und will sich seine Vorurteile trotzdem nicht nehmen lassen.

Das ist doch das Bild von der Polizei, dieser fast neurotische, zwanghafte Gedanke, der in Publikationen ununterbrochen ausgesprochen wird: die Polizei bedürfe der Zügelung, müsse noch mehr stranguliert werden, noch mehr nur Instrument sein – ein geradezu irrsinniger Prozeß.

Wenn Sie, Herr Cobler, mir und der Polizei Einflußnahme unterstellen oder auch nur zutrauen – wir haben sie nicht. Wir haben überhaupt keinen Einfluß auf die Dinge. Wir haben ein demokratisches System, eine außerordentliche Meinungsvielfalt, wir müssen Mehrheiten bilden. Wenn ich also etwas durchsetzen wollte, dann müßte ich eine Stellung und Position haben, in der ich mehrheitsbildend wirken kann. Das aber kann ich nicht. Und mir ist es auch nicht gelungen,



die politische Ebene von der Richtigkeit des von mir Vorge-tragenen zu überzeugen. Ich sehe nirgends auch nur ansatzweise einen Versuch zu Realisierung dessen, was ich vorschlage.

C: Nirgends auch nur ansatzweise?

H: Nirgends auch nur Ansätze. Ich habe noch nie, Herr Cobler, Gelegenheit gehabt, mit irgendeinem Politiker über Fragen, die über diesen »Suppentopf« der Polizei hinausreichen, auch nur annähernd so lange Zeit zu sprechen wie mit Ihnen. Ausgenommen der Bundeskanzler. Mit ihm habe ich zusammengenommen länger gesprochen als mit jedem anderen Menschen in meinem Leben; und wahrscheinlich war ich auch der Gesprächspartner, mit dem er zusammengenommen fast am längsten gesprochen hat; wenn da jemand sechs Wochen lang mit einem anderen zusammensitzt – allenfalls noch im Kriege mit Kriegskollegen – sechs Wochen lang Tag und Nacht ...

C: Im Krisenstab?

H: Ja, im Krisenstab.

C: Aber gerade dort und auch in den Sitzungen des Innenausschusses hatten doch Sie und Ihr Amt großes Gewicht. Ich habe mit Mitgliedern dieses Ausschusses gesprochen, die zugegeben haben, von Ihren Vorträgen jedesmal beeindruckt gewesen zu sein und auch auf Sie gehört zu haben. Zumindest in der Hochzeit der Verfolgung der RAF war es Ihnen doch möglich durchzusetzen, was Sie auch durchsetzen wollten. Sie sind doch nicht irgendein Dorfpolizist.

H: Das alles sind doch nur Lagevorträge, die ich da gehalten habe. Die beziehen sich auf handwerkliche Themen, auf Fakten und Daten, was allerdings eine faszinierende Wirkung haben kann. Ich habe das immer so gestaltet, daß ich die Schlußfolgerung den Abgeordneten selbst überließ. Ich habe es allerdings so aufbereitet mit Schaubildern und Diagrammen, daß sich die Schlußfolgerungen geradezu aufdrängten – kaskadenhaft ins Gehirn stürzten. Aber ich hatte weder Gelegenheit noch Zeit, konzeptionell etwas vorzuschlagen. Jede konzeptionelle Debatte wurde eigentlich unterbrochen. Diese Ausschusssitzungen leiden doch unter einem hohen Grad an Undiszipliniertheit und fehlender Rationalität. Sie dienen der politischen Profilierung. Die Geschäftsordnungsdebatten finden die volle Leidenschaft aller Beteiligten und nehmen Dreiviertel der Zeit – eine beklemmende Geschichte.

C: Was hielten Sie denn davon, einen Mann Ihres Kalibers zum Bundesminister der Polizei zu machen?

H: Ich bin immer der Auffassung gewesen, daß, bezogen auf unsere Verhältnisse, der Innenminister an einer Überkompetenz leidet, eigentlich nicht zusammengehörige Bereiche unter einem Dach vereinigt, und daß dadurch der so wichtige Bereich der Polizei, der ja eine eigene, philosophische Grundhaltung verlangt und nicht nur eine befehlende, zu kurz kommt. Ein Minister der Polizei? Die Entwicklung läßt das wahrscheinlich gar nicht zu. Man schießt doch immer auch nach draußen und guckt, was die anderen machen, und die anderen gucken wahrscheinlich wieder auf uns, wie wir es machen – und so macht schließlich keiner etwas, und es bleiben die alten Strukturen erhalten. Das würde doch sicherlich mißverstanden: ausgerechnet die Deutschen ernennen wieder einen Polizeiminister; die sind schon wieder so weit.

Die finstersten Visionen haben ihre Wirkung, und eine Politik, die sich liberal versteht und dann natürlich manches liberal mißversteht, scheut sich infolgedessen, die Basis und die Voraussetzung für ein solches komplexes Diagnoseinstrument zu schaffen.

C: Die derzeitige Liberalisierungskampagne also als ein reales Hindernis? Sehen Sie das nicht eher als ein Wahlkampfmanöver?

H: Ich will die Leute, die das als Herzensanliegen betreiben, wie mein Minister und verschiedene andere, nicht diffamieren. Aber in der öffentlichen Diskussion erscheint es so, als müßten die verschütteten Bürgerrechte wieder freigeschaufelt werden. Und das ist eine Denunziation. Was, Herr Cobler, ist denn liberal? Das müßte konkretisiert werden. Ich kann mit dem Wort »liberal« eigentlich nichts anfangen; man müßte mir im Einzelfall sagen, was das konkret bedeuten soll. Wenn liberal bedeuten soll, daß uns die Forschung in der Datenmenge unmöglich gemacht wird, dann muß ich sagen, dann wird im Endergebnis eigentlich das Gegenteil dessen bewirkt, was Liberalität bedeutet; denn eine solche Wissensunterdrückung, ein solch anti-aufklärerisches Verhalten, ist im tiefsten Grunde illiberal.

C: Sie meinen, es sei sehr leicht, sich derzeit liberal zu geben?

H: Ja.

C: Und beim nächsten Anschlag ist dann ...

H: ... alles den Bach hinunter.

C: ... und ich bin gespannt, ob sich Herr Baum dann noch an all das erinnert ...

H: Nein, natürlich nicht!

C: Dann sind Sie und Ihr Amt wieder gefragt ...

H: Ja, dann kann man in einem schmalen Rahmen mal hineinleuchten – nicht aber konzeptionell.

C: Ist das nur eine Frage des jeweiligen politischen Klimas, oder sehen Sie darin ein strukturelles Problem?

H: Es ist doch so: Es gibt gewisse Bewegungsgesetze zwischen Polizei und Politik. Zuerst wird ein Problem, von dem wir sagen, daß es existiert, abgeleugnet – gesellschaftlich und allgemein. Zweites Stadium: Das Problem wird erkannt. Drittes Stadium: Das Problem wird übersteigert und hektisch bekämpft. Viertes Stadium: Das Interesse an dem Problem erlahmt. Diesen Wellenbewegungsprozeß sehen sie beim Terrorismus, aber auch beim Rauschgift, wo wir jetzt in der dritten Phase – der Hektik – sind.

Das ist eine der Mechaniken demokratischer Institutionen, daß sie nie in der Lage sind, Entlastungen vom Augenblicksdruck zu erstreben, um langfristige Konzeptionen zu entwickeln. Das ist ein Struktureffekt.

C: Und wie wird das innerhalb der Polizei erfahren, wie wirkt sich das dort aus?

H: Die Polizei ist eine isolierte Minderheit. Das ist eine Riesengefahr. Ich versuche auch die Politiker darauf hinzuweisen, die halten dann aber einen selbst für neurotisch. Ich sage ihnen, wenn ihr es ununterbrochen zulaßt, daß wir uns als eine isolierte Minderheit fühlen müssen, dann werdet ihr es eines Tages auch produzieren, daß wir uns in die Ecke gestellt sehen und nur noch blind um uns schlagen. Der Prozeß wird allmählich spürbar. Sie merken das doch bei der Beamtenschaft: auch da entwickelt sich so etwas wie ein tiefes Unverständnis gegenüber diesem Staat – was man bei der Jugend als Staatsverdrossenheit und Staatsfeindschaft etikettiert. Das entwickelt sich andersartig, aber ähnlich auch in der Polizei.

C: Dann verstehe ich nicht, was Sie überhaupt noch in diesem Amt hält. Warum schmeißen Sie den ganzen Kram nicht einfach hin?

H: Ich habe verschiedene Entlassungsgesuche geschrieben, schon seit Jahren, um hier rauszukommen, weil mir das alles zuwider ist ...

C: ... und machen fleißig weiter.

H: Letztlich mache ich es, weil ich auch ein preußisches Pflichtgefühl habe, und weil ich meine, daß ich es so mache, wie es den Maßstäben entspricht, mit denen man selbst ruhig schlafen kann – man nennt das, glaube ich, Gewissen –, und weil ich meine, daß meine Arbeit den kulturellen Maßstäben entspricht. Niemand, Herr Cobler, hat mein Amt bisher anklagen können, es habe dagegen verstoßen. Und es wird keinen Schlußbericht dieses Amtes geben, in dem Sie solche Verstöße entdecken.

C: Und die Verzahnung zwischen Ihrem Amt und den Geheimdiensten?

H: Die Verbindung zwischen den Nachrichtendiensten und dem BKA hat man mir durch Befehle aufoktroziert – alle Minister übrigens, auch noch in Phasen vorgegebener Liberalität. Da ist halt ein Widerspruch zwischen vorgegebenem Handeln und tatsächlichem Tun.

Und wenn ich gehe, wer soll's denn sonst auch machen? Es findet sich meines Erachtens keiner, der bereit ist, das zu tun. Es findet sich wahrscheinlich auch keiner, der die komplex gewordenen Zusammenhänge kennt: Buback haben sie weggeschossen, der Nollau war mal in dem Geschäft – wissen

Sie, ich bin der einzige, der seit 1971 Terrorbekämpfung macht. Dadurch hat man ein enormes Wissen angesammelt, ganz zwangsläufig, das man nicht einfach übertragen kann. Die Abteilung Terrorismus in unserem Hause ist alle zwei Jahre, im Interesse der Leute, weil man die nicht ununterbrochen an der Front halten kann, in neue Hände übergegangen. Ich bin der einzige, der hier gewissermaßen für Kontinuität sorgt, und es ist eine Frage der Anständigkeit, daß man da nicht einfach aussteigt.

C: Haben Sie gar keine Sorge, auf Dauer bzw. wegen dieser Dauer Ihrer Amtsführung betriebsblind zu werden oder längst zu sein, daß sich da so etwas wie eine *déformation professionnelle* einstellt? Sie haben einmal von dem unfreiwilligen Clinch gesprochen, in dem Sie und die RAF-Leute sich befinden. So ein Clinch kann zweifellos Erfahrungen bringen; er kann aber auch sehr leicht den Ausblick und den Umblick verstellen.

H: Ich muß zunächst noch einmal sagen, ich bin Polizist. Ich muß mit den Realitäten fertig werden. Ich kann der politischen Führung sagen, was ich aus meinem geringen Aspekt, aber hautnah mit der Gefahr verbunden, feststelle. Da finden doch wechselseitige Lernprozesse statt. Der Clinch, den ich mit dem Terrorismus habe, verbindet mich und die Terroristen intensiver untereinander, als die und ich mit den übrigen Teilen der Gesellschaft verbunden sind. Das ist doch etwas Interessantes. Das war ähnlich zu verfolgen in Portugal, bei dem Cavallho, der jahrelang in Afrika gekämpft hat und der seine eigentliche Lernerfahrung aus der Guerilla entnommen hat. Diese intensive Feindberührung schafft natürlich auch intensive Beobachtung. Wenn ich mit jemandem ringe, so nah den Schweißgeruch und die Haut des anderen spüre – ein solches Erlebnis kann einem niemand vermitteln.

C: Sie sagen, die Politik und die Öffentlichkeit reagierten den »politischen Konjunkturen« entsprechend auf das, was unter dem Stichwort Terrorismus diskutiert wird. Wie schätzen Sie dieses Phänomen denn ein?

H: Ich bin gegen die Subjektivisten bei der Betrachtung des Terrorismus, die die Ursache in den Hirnen suchen oder in den Lebensläufen, die nach dem break-down forschen, nach dem Verhaltensknick usw.; die das alles zurückführen

auf Spinnereien, auf kranke Hirne. Dahin ist die offizielle Forschung ausgerichtet, wenn sie das auch nicht in dieser Primitivität zugibt. Aber sie ist primitiv. Ich bin ein Objektivist. Ich meine, daß alle Erscheinungen ihre objektiven Ursachen haben, ihre objektiven Gesetzmäßigkeiten, und daß wir Terrorismus auch unabhängig von der Person seiner Träger hätten. Die Baaders und die Meinhofs wären da, wenn es den Baader und die Meinhof nicht gäbe. Das sind Erscheinungen, die die Geschichte hervorbringt – wie Hitler. Und die nur in einer bestimmten historischen Phase hervorgebracht werden können – wie Hitler. Hitler heute – er wäre zur Lächerlichkeit verurteilt; damals, heraus aus dem Dunkeln an die Rampe, wurde er zur tragenden Figur.

Das heißt, solche Erscheinungen wie der Terrorismus haben eine Signalwirkung, sie sind ein Präludium; sie kündigen etwas an, sie sind Vorläufer – nicht für den Terrorismus selbst und dessen Ideen, sondern für einen grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse. Terrorismus war und ist immer ein Indiz für das Herannahen gesellschaftlicher Umstrukturierungen vom Ausmaß eines Bebens. Insofern müßten wir eigentlich dankbar sein, daß er auftritt; denn er gibt uns Hinweise auf das, was möglicherweise kommen kann, und er gibt uns auch Möglichkeiten, die Entwicklung zu beeinflussen, sie in andere Bahnen zu lenken. Der Terrorismus signalisiert, wo etwas gestört sein und wo die Störung liegen könnte.

Die feuerbrandartige Geschwindigkeit, mit der alle Staaten der Dritten Welt – ich glaube 25 von ihnen in den letzten fünf Jahren – ihre Gesellschaftsstruktur verändert haben, macht meiner Meinung nach ein Übergreifen auf Europa nicht unmöglich: das Aufflackern irgendwelcher Erscheinungen, die von niemandem richtig eingeordnet werden können, aber doch zeigen, daß etwas im Gange ist.

Wir müssen mit Situationen kalkulieren, die mir nicht für immer ausgeschlossen scheinen: wirtschaftlich-ökonomische Krisen etwa, depressive Prozesse, in denen die schmale Zuwachsrate von 2 Prozent sich auf Null minimalisiert, was sich dann schlagartig im Bewußtsein der Bevölkerung niederschlagen kann. Staatsverdrossenheit, Autoritätsverfall, Loyalitätskrisen, Erschütterung der staatlichen Organe, Umwertung der Traditionen, die die Staatsapparate in aller Welt tragen: Pflichtgefühl, Gehorsam, Disziplin, Verschwiegenheit, Geheimnis, Leistung – all dies ist längst in einem Umformungsprozeß begriffen.

C: Und wer sollen die Akteure dieses Entwicklungsprozesses sein?

H: Sicher nicht die Terroristen. Ich bin nicht der Auffassung, daß der Terrorismus als solcher eine gesellschaftliche Gefahr bedeutet. Sie können noch so viele Leute morden – die Terroristen selbst werden nicht zur politischen Herrschaft gelangen. Ich glaube auch nicht, jetzt im Augenblick, daß das schlafende Proletariat revolutionäres Subjekt sein könnte, sondern ich bin der Meinung, daß an die Stelle der Arbeiterklasse im Augenblick jedenfalls – das kann sich wieder ändern – die Intelligenz getreten ist, die heute die Rolle einer Klasse einzunehmen beginnt und an die Schalthebel der Macht gelangt. Das ist in einem modernen Staat das revolutionäre Subjekt.

Wenn Polizei und Justiz befähigt werden, dieses Veränderungspotential ständig zu verarbeiten, ständig rückzukoppeln, den ganzen Prozeß zu dynamisieren, dann wäre ein Instrument geschaffen, das den Staat akzeptabel hält und nicht Staatsgegenmacht und Staatsfeindschaft schafft, sondern Bewegung, Entwicklung ...

C: ... die man im Griff behält ...

H: ... die der Staat im Griff behält. Es ist ja ein so simpler Gedanke! Man schämt sich fast, ihn auszusprechen. Aber es ist nicht machbar – im Augenblick jedenfalls.

C: Wenn ich mir die Art und Weise anschau, Herr Herold, in der dieser Clinch oder Krieg zwischen Ihnen, zwischen Ihrem Amt, zwischen diesem Staat und den RAF-Leuten sich darstellt, dann kann ich gewisse Affinitäten nicht übersehen. Nehmen Sie zum Beispiel die Schleyer-Entführung. Ich meine die Skrupellosigkeit, mit der diese Aktion durchgeführt wurde, ich meine aber auch den skrupellosen Poker der Bundesregierung und des Krisenstabes während der gesamten Ereignisse. Ihren Höhenpunkt fand diese Geringschätzung des Lebens anderer Menschen zur Durchsetzung politischer Ziele – hier der Staatsräson – bei dem tollsten Einsatz der GSG 9, mit dem man den Tod der Flugzeugpassagiere in Kauf genommen hat ...

H: Wer die GSG 9 kennt, Herr Cobler – der Vorschlag kam ja von mir, weil wir sie trainiert hatten –, wer die GSG 9 kannte, der wußte, daß das gar keine Schwierigkeit bedeuten würde, man mußte sie nur heranbringen an das Flugzeug, und das war ein politischer Akt. Den hat Helmut Schmidt geschafft. Ja, nun sagen Sie, Rücksichtslosigkeit im Fall Schleyer. Ich frage Sie zurück, ob Schleyer überhaupt gewesen wäre, wenn man so rücksichtslos schon gegenüber Lorenz gewesen wäre, ihn zu opfern. Ich glaube nicht, daß Schleyer stattgefunden hätte, wenn der Staat schon früh gezeigt hätte, daß dieses Modell des terroristischen Kampfes nicht funktionieren kann. Es ist das Ziel jeder revolutionären Untergrundbewegung, Gegenmacht aufzubauen, zu symbolisieren. Das sind die Strukturen, die den Fall Lorenz und Schleyer kennzeichnen. Den Terroristen geht es darum, Gleichrangigkeit zur etablierten Macht zu erlangen, als Verhandlungspartner aufzusteigen, sozusagen paktfähig, friedensschlußfähig zu werden, um dann Machtattribute auf die Bevölkerung zu streuen im Sinne eines Belohnungseffekts – wer sich ihnen widersetzt, wird exekutiert. Das sind notwendige Elemente dieser Untergrundbewegung, und nur dadurch wird der Umschlag von dem Verharren der Guerilla als Partikelchen im Untergrund zur massenhaften Bewegung erreicht. Diese Koppelung zur Legalität muß erreicht werden durch Bildung von Gegenmacht.

Ja, und die Passagiere – wer hat sie denn in diese Lage gebracht? Doch nicht der Staat!

C: Der Staat hat sie aber in dieser Lage gelassen, mit ihr gepokert.

H: Was gab es denn für Möglichkeiten? Sie auslösen? Wir hätten, wenn man den Erpressern gefolgt wäre, auch noch 15 Millionen Dollar liefern müssen. Ich rechne mir das heute noch als Verdienst an, daß ich durch einen Trick diese Lieferung verhindert habe – die Bundesregierung hätte die 15 Millionen auch noch rausgeschmissen.

C: Ich rede von den Menschen!

H: Ja, aber die konnten sie doch nur ...

C: Austauschen!

H: Gegen wen? Gegen die Gefangenen? Nein, nein!

C: Wo ist die moralische und rechtliche Legitimation, Schleyer oder – hätte man das damals schon getan – Lorenz zu opfern, wobei ich diesen Begriff sehr unpassend finde, weil er dem Ganzen auch noch eine höhere Weihe verleiht –, wo ist die Legitimation dafür, Menschen umbringen zu lassen? Weil die Staatsräson das verlangt?

H: Die Erfahrung lehrt, daß ein Nachgeben nicht ein Ende bedeutet, sondern eine verstärkte Fortsetzung. Das ist eine objektive Erkenntnis aus der Betrachtung aller terroristischen Vorgänge aller Untergrundkämpfe, von welcher Seite auch immer. Und aus diesen Gesetzmäßigkeiten muß man Folgerungen ziehen. Ich habe deshalb schon bei Lorenz dafür plädiert, in der Erkenntnis, daß es nur noch schlimmer kommen würde, diesen furchtbaren und schrecklichen Weg zu gehen.

C: Die Lösung Mogadischu hieß doch im Klartext – bei all

dem Zutrauen, das Sie zur GSG 9 haben: Den Schleyer lassen wir fallen.

H: Ja.

C: Das war doch die Konsequenz.

H: Natürlich, natürlich ist das die Konsequenz. Das sind alles furchtbare Entscheidungen ...

C: Und Sie finden, daß es dafür eine moralische Legitimation eines Staates gibt?

H: Ja.

C: Sie kennen den Vorwurf, Herr Herold, Sie seien ein Technokrat, besäßen ein Faible, ja eine Manie für Computer und seien von deren angeblicher Unfehlbarkeit restlos überzeugt.

H: Ich bin überhaupt kein solcher Fan, sondern meine nur, daß hier ein Nachholbedarf besteht, daß alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens sich der modernen Technik bedienen, nur die Polizei noch nicht. Das muß nachgeholt werden. Deshalb verfechte ich das mit Energie und nehme in Kauf, ein Narr geschimpft zu werden. Das ist mir gleichgültig und muß mir gleichgültig sein. Ich kann nicht nach dem Wohlwollen derer, die mich beurteilen, handeln. Ich muß nach dem eigenen Gewissen handeln, und für mich ist die Technik ein Mittel, das Schöpferische des Menschen erst zur Geltung zu bringen.

C: Kennen Sie die Legende aus dem 17. Jahrhundert vom Rabbi Löw und seinem »Golem«?

H: Wir haben ein Computerprogramm »Golem«.

C: Sie wissen, wie das geendet hat in der Legende?

H: Mir ist das im Augenblick nicht präsent ...

C: Der »Golem«, dieses zunächst durchaus nützliche Kunstprodukt, ist eines Tages seinem Schöpfer über den Kopf gewachsen.

H: Ich würde keine Arbeitsstunde investieren für einen Computer als Repressionsinstrument. Natürlich: repressive Funktionen wird der Staat nicht ausschalten, denn Gefahrenabwehr ist notwendig. Aber meine Hoffnung gilt dem Computer als einem gesamtgesellschaftlichen Diagnoseinstrument. Das ist eine Prävention neuen Stils, die letztlich auch die Terrorursachen aufhebt, diesen Staat verrückt, ihn andersartig gestaltet, Gleichheit und Gleichrangigkeit im Prozeß und in der Ökonomie schafft. Mit Hilfe dieses Mittels kann ich sehen, wo es hakt: Klassen, soziale Unterschiede und Ungleichgewichtigkeiten, Ungerechtigkeit, Armut und Diskriminierung – das kann ich alles ablesen. Hier wird etwas nachgeholt, was für einen Staat dringend notwendig ist, und es wird nicht nachgeholt an Unterdrückungspotential, wenn ich mal die gängige Redeweise verwende, sondern an Informationspotential und an technischem Potential.

C: Informationspotentiale und -technologien – das ist eine Binsenweisheit – konstituieren Herrschaft und bedingen auch strukturelle Verschiebungen zwischen und innerhalb der »drei Gewalten« und gegenüber den Bürgern. Es könnte hier ein Informationspool entstehen, der die Polizei zu einer politischen Definitonsmacht befördert, die in der Verfassung jedenfalls nicht vorgesehen ist.

H: Das ist genau das Problem. Aber ich darf, ich muß die Verfassung auch entwickeln. Ich kann mich doch Erkenntnisquellen zur Gesundung der Gesellschaft, zur Intakthaltung auch der Verfassungsideen und Verfassungsleitzielenicht verschließen! Man muß einen lebenswerten Staat schaffen. Einen Staat der Bürger – einen transparenten Staat. Und den können Sie nur technisch transparent machen. Ja, das ist natürlich ein Sonnenstaat, aber der ist machbar heute. Hier in der Polizei ist das machbar. Ich weiß gar nicht, warum man das nicht verstehen will – oder bin ich da auf einem ganz falschen Dampfer?